



Niederschrift

11. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung - Videokonferenz

Sitzungstermin:	Dienstag, 09.02.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:25 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Mechthild Rüniger Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt SPD
Herr Leon Troche SPD
Frau Janny Armbruster Bündnis 90/Die Grünen
Herr Sascha Krämer DIE LINKE
Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE
Herr Lars Eichert CDU
Frau Katharina Tietz DIE aNDERE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Sebastian Olbrich AfD

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis

sachkundige Einwohner

Frau Sylvia Frenzel BürgerBündnis
Herr Peter Mundt DIE LINKE
Frau Andrea Mirjam Ney Freie Demokraten
Frau Dr. Sophia Rost Bündnis 90/Die Grünen
Frau Prof. Dr. Karin Schwarz SPD

Beigeordnete

Herr Dieter Jetschmanegg Dezent
 Geschäftsber.
 Zentr.Verwaltung

Vertreter der Beiräte

Herr Peter Hahnel Seniorenbeirat

Nicht anwesend sind:**Ausschussmitglieder**

Herr Chaled-Uwe Said AfD entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Robert Hirsch CDU entschuldigt

Herr Frank Hübner Die Andere entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Herr Viktor Kalitke nicht entschuldigt

Schriftführer:

Herr Michel Duhn Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.01.2021 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Mobile Bürgerbeteiligung
Vorlage: 20/SVV/0862
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4 Partizipation

- 4.1 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung

- 5 Transparenz

- 5.1 Transparenzsatzung - Zwischenbericht

- 6 Digitalisierung

- 6.1 Videokonferenzen

- 6.2 Breitbandanbindung von Schulen - bezgl. Kleine Anfrage 21/SVV/0013

- 7 Jahresplanung 2021 - Schwerpunkte
- 7.1 aktueller Stand Prüfauftrag / Konzept zur Nutzbarkeit von Open Source-Software in der Landeshauptstadt
- 7.2 Open Data Lab Potsdam
- 8 Themenspeicher/Themenvorschläge
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Rüniger eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.01.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Rüniger stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 stimmberechtigten anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

Zur öffentlichen **Niederschrift vom 21.01.2021** gibt es keine Hinweise. Die Niederschrift wird **mit 8 Ja-Stimmen** bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

Zur vorliegenden **Tagesordnung** gibt es ebenfalls keine Hinweise. Sie wird **einstimmig bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Mobile Bürgerbeteiligung

Vorlage: 20/SVV/0862

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Ausschussvorsitzende bringt namens Ihrer Fraktion den Antrag in der folgenden Neuen Fassung ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzustellen, wie eine anlass- und ortsbezogene Öffentlichkeitsbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht werden kann. Dabei soll die Möglichkeit bestehen,

sowohl zu informieren als auch Meinungsbilder einzuholen.
Zu schätzen sind dabei insbesondere:

- Anschaffungs- Betriebs-, Lagerungs- und Transportkosten eines Containers,
- Sach- und Personalaufwand für Ausstattung, Beaufsichtigung und Wartung,
- personelle Kapazitätsbeanspruchung.

Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn eine Durchführung in bestehenden Räumlichkeiten der öffentlichen Hand, aber analog zum Container vor allem durch Präsenz auf der Straße durch ein Zelt, größere Stände oder ähnliches stattfindet. Dazu ist ein Meinungsbild von Beteiligungsrat und WerkStadt für Beteiligung einzuholen.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung Ende 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Eine gute Erfahrung bot z.B. der Pavillon wie der des Sanierungsträgers am Alten Markt. Ein solcher Pavillon bietet Raum für kleine Ausstellungen und für Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern. Er kann dem Anlass und dem Ort der geplanten bzw. diskutierten Maßnahme entsprechend temporär aufgestellt und betreut werden, gewährleistet so die größtmögliche Bürgernähe.

Er wäre grundsätzlich zur Auslegung und bürgernahen Beteiligung bei B-Plan-Verfahren, Sanierungssatzungen geeignet, beispielsweise auch zu den neuen Planungen am Kirchsteigfeld, am Stern, in Fahrland oder Golm, ebenso Verkehrsplanungen.

Auf Nachfrage von Frau Tietz, warum sich die neue Fassung nur auf Prozesse der Stadtentwicklung beschränke, erwidert Frau Armbruster, dass die Prozesse zur Öffentlichkeitsbeteiligung auch analog für andere Prozesse verwendet werden könnten.

Weiterhin schlägt Frau Armbruster vor, den Antragstext so zu ergänzen, dass nicht nur eine Containerlösung berücksichtigt werde.

Nach einer kurzen Beratung zur Formulierung schlägt Frau Dr. Rüniger die folgende Ergänzung vor:

„...Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn eine Durchführung in bestehenden Räumlichkeiten der öffentlichen Hand, aber analog zum Container **oder anderer Lösungen für weitere mobile Konzepte** vor allem durch Präsenz auf der Straße durch ein Zelt, größere Stände oder Ähnliches stattfindet.

...“

Im Anschluss wird die so ergänzt neue Fassung zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzustellen, wie eine anlass- und ortsbezogene Öffentlichkeitsbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht werden kann. Dabei soll die Möglichkeit bestehen, sowohl zu informieren als auch Meinungsbilder einzuholen.

Zu schätzen sind dabei insbesondere:

- **Anschaffungs- Betriebs-, Lagerungs- und Transportkosten eines Containers,**
- **Sach- und Personalaufwand für Ausstattung, Beaufsichtigung und Wartung,**
- **personelle Kapazitätsbeanspruchung.**

Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn eine Durchführung in bestehenden Räumlichkeiten der öffentlichen Hand, aber analog zum Container oder anderer Lösungen für weitere mobile Konzepte vor allem durch Präsenz auf der Straße durch ein Zelt, größere Stände oder ähnliches stattfindet. Dazu ist ein Meinungsbild von Beteiligungsrat und WerkStadt für Beteiligung einzuholen.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung Ende 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 4 Partizipation

zu 4.1 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung

Beteiligungsrat:

Frau Von Heyden-Hendricks berichtet von den Schwerpunktthemen des Beteiligungsrates im Jahr 2021. Unter anderem möchte sich der Rat mit Folgendem intensiver beschäftigen:

- Unterstützung der Ortsbeiräte
- Beteiligungsverfahren in Bezug auf den Bürgerhaushalt
- autofreie Innenstadt
- Stadtkanal
- Krampnitz

Weiterhin berichtet Sie von Ihren Ergebnissen zur Recherche bezüglich der digitalen Bauantragstellung in anderen Kommunen.

Bei fast allen angefragten Kommunen müssten die Anträge in Papierform eingereicht werden. Bei Kommunen, die Anträge auch in digitaler Form annehmen würden, sei das Verfahren sehr umständlich.

Das Land Brandenburg arbeite jedoch derzeit an einem allgemeinen Verfahren, das die Antragstellung in digitaler Form erlaube und anschließend den Kommunen zur Verfügung gestellt werden würde.

Werkstadt für Beteiligung:

Herr Kärsten erklärt in Bezug auf den Tagesordnungspunkt 3.1 – mobile Bürgerbeteiligung, dass die Werkstadt zusammen mit dem Beteiligungsrat bei der Ideensammlung zur Umsetzung der Bürgerbeteiligung gern behilflich sein wird.

Darüber hinaus berichtet er von der Akteurinnenkonferenz-Waldstadt. Es sei ein

guter Zwischenstand erreicht worden, dessen Ergebnisse am 18.02. in der Zeit von 10-13 Uhr in einem Netzwerktreffen vorgestellt werden sollen. Weitere Informationen diesbezüglich stellt die Werkstatt für Beteiligung auf Anfrage gern zur Verfügung.

In der Stadtverordnetenversammlung am 18.02.2021 werde mit der Drucksache 21/SVV/0066 das Partizipationskonzept am Schlaatz eingebracht. Aufgrund des Umfangs des Konzeptes, biete Herr Kärsten an, für Rückfragen zur Verfügung zu stehen bzw. das Konzept bei Bedarf im Ausschuss vorzustellen.

zu 5 Transparenz

zu 5.1 Transparenzsetzung - Zwischenbericht

Herr Jetschmanegg stellt Frau Petermann die kommissarische Fachbereichsleiterin Verwaltungsmanagement sowie Frau Bojunga die neue Fachbereichsleiterin Kommunikation und Partizipation vor.

Frau Petermann gibt an Hand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation einen Zwischenbericht zur Transparenzsetzung der Landeshauptstadt Potsdam.

Herr Marquardt bedankt sich für die Ausführungen und befürwortet die Verwendung des Open-Data-Portals für die Bereitstellung von Informationen. Gleichzeitig bittet er darum, auf die verwendeten Dateiformate zu achten. Oftmals würden PDF-Dateien im Portal hinterlegt, welche sich nur schwer auswerten ließen.

Frau Petermann erklärt, dass sich ein neuer Aktenplan in Arbeit befinde und Verwendete Dateiformate barrierefrei seien werden.

Ebenfalls wurde versucht Expertise aus anderen Städten einzubeziehen, jedoch haben nur wenige Städte ebenfalls eine Transparenzsetzung.

Auf Nachfrage von Frau Rost zur Transparenz von Software-Quellcode antwortet Herr Morgenstern-Jehia, Fachbereichsleiter E-Government, dass die Landeshauptstadt Potsdam nur Quellcode von eigener Software veröffentlichen dürfe, jedoch keine eigene Software entwickeln würde. Quellcode von Open-Source-Software (OSS) sei jedoch generell öffentlich zugänglich, wenn auch auf anderen Plattformen als dem Open-Data-Portal.

Herr Jetschmanegg, Dezernent Zentrale Verwaltung, fügt abschließend hinzu, dass die Transparenzsetzung parallel zur Überarbeitung der Internetpräsenz im Zuge des Onlinezugangsgesetzes erarbeitet werde.

zu 6 Digitalisierung

zu 6.1 Videokonferenzen

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Marquardt berichtet mit Hilfe einer der Niederschrift beigefügten Präsentation von den Ergebnissen seiner Umfrage bezüglich des Videokonferenzsystems Webex.

Herr Jetschmanegg erklärt, dass es für die Verwaltung hilfreich sei, eine Auswertung dieser Art zu erhalten.

Die derzeitige Situation könne aber nicht als Regelfall angesehen werden, da es aufgrund der aktuellen Notlagenverordnung viele Ausnahmen gebe.

Die Verwaltung arbeite zurzeit u.a intensiv daran, nicht öffentliche Teile von Ausschusssitzungen rechtssicher als Videokonferenz durchführen zu können. Es werde zusätzlich darauf hingearbeitet, einen verwaltungseigenen Jitsi-Server bereitzustellen.

Das in der Präsentation angesprochene Problem der nicht ausreichend schnellen Internetverbindung auf der Teilnehmerseite könne die Verwaltung leider nicht lösen. Dieses Problem bestehe bei den Internetanbindungen der Schulen ebenfalls. Hier sei man auf die angebotenen Leistungen der Internetprovider angewiesen.

zu 6.2 Breitbandanbindung von Schulen - bezgl. Kleine Anfrage 21/SVV/0013

Herr Marquardt erklärt, dass sich zu diesem Thema bereits eine Kleine Anfrage im Geschäftsgang befinde und bittet die Vertreter der Verwaltung um eine kurze Sachstandsmeldung.

Herr Marquardt führt aus, dass als Faustregel für eine ausreichend schnelle Internetanbindung für Schulen mit 1 Mbit/s pro Schüler gerechnet werden müsse. Dabei wird von einer gleichzeitigen Nutzung durch 75 % der Schüler ausgegangen.

Herr Jetschmanegg weist darauf hin, dass die Bereitstellung von Dateninfrastruktur im Gegensatz zu Infrastruktur von Elektrizität bzw. Ab-/Wasser rein privatwirtschaftlich erfolge.

Man verfüge daher nur über die angebotenen Bandbreiten, welche für die Anbindung einer Schule oftmals nicht leistungsfähig genug seien. Durch die vermehrte Beschaffung von mobilen Endgeräten für Schüler über z.B. Förderprogramme in Verbindung mit Onlineunterricht werde dieses Problem umso deutlicher. Derzeit würden 13 Schulen über eine ausreichend dimensionierte Internetanbindung verfügen.

Die Stadtverwaltung sucht aktiv nach Förderprogrammen für den Breitbandausbau, um langfristig Abhilfe schaffen zu können. Darüber hinaus wird das Thema Breitbandausbau zusammen mit der Landesverwaltung und im Zweckverband Digitale Kommune beraten, da dieses Problem nicht nur Potsdamer Schulen betreffe.

zu 7 Jahresplanung 2021 - Schwerpunkte

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Marquardt eröffnet den Tagesordnungspunkt und berichtet von der per Mail versendeten Übersicht der möglichen Schwerpunktthemen für die Jahresplanung 2021:

Information zur Jahresplanung 2021 - Schwerpunkte

Thema Partizipation

- a. Digitale Bürgerbeteiligung durch Beteiligungsplattformen / Potsdam App? (Mechthild Rüniger & Nico Marquardt)
- b. Ausschreibung / Interessenbekundungsverfahren externer Teil Werkstatt

- für Beteiligung (LHP Zentrale Verwaltung)
- c. Neubesetzung Beteiligungsrat (LHP Zentrale Verwaltung)
- d. Auswertung Maerker und MaerkerPlus / stärkere Nutzung des MaerkerPlus-Portals (LHP Zentrale Verwaltung)
- e. *Ehrenamt, Ehrenamt in der LHP stärken, Prüfen von Bundes-Förderprogrammen und Schaffung von Teilnehmungsplattformen (Barcamp für Ehrenamt), wünschenswert: Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsrat (Freie Demokraten)*

Thema Transparenz

- a. Sachstand Transparency Int.: Potsdam als institutionelles Mitglied von TI Deutschland, ggf. Handlungsbedarf Ombudsperson einladen zu Problemlagen? (Vorschlag Mechthild Rürger)
- b. Regelung zum Umgang mit Eingaben und Beschwerden (Stichwort: Ideen- und Beschwerdemanagement) (LHP Zentrale Verwaltung)
- c. Open-Data-Portal (LHP Zentrale Verwaltung)
- d. Transparenzsetzung (LHP Zentrale Verwaltung)

Thema Digitalisierung

- a. Digitalisierung und Schule (Vorschlag Nico Marquardt)
- b. Begleitung des Change-Prozesses zur Digitalisierung der Verwaltung (<https://ozg.brandenburg.de>)
 - I. z.B. Umsetzung des OZG und die nutzerfreundliche Digitalisierung bestehender Verwaltungsdienste einschließlich Unterstützungsbedarf durch SVV (Vorschlag Sophie Rost) passend zu 7m
 - II. sog. Nachnutzung auf kommunaler Ebene, z.B. digitale Formulare+ kontaktlose Einreichmöglichkeiten für Sozialdienstleistungen (Vorschlag Mechthild Rürger) passend zu 7k
 - III. digitale Kompetenzsteigerung internetferner Familien (Vorschlag Mechthild Rürger)
- c. Teilhabe durch Digitalisierung im Alter (s. 8 Altersbericht der Bundesreg., Potsdamer Netzwerk 2. Lebenshälfte) (Mechthild Rürger)
- d. ?Monitoring der Umsetzung der digitalen Bauantragstellung auf Landesebene (CDU- Fraktion?) passend zu 7 I
- e. Open Source - Public Money, Public Code. (Vorschlag Nico Marquardt) passend zu 7m
- f. Open Data - Prozesse, Strukturen, verbindlicher Rahmen, Standards, Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Vorschlag Nico Marquardt) passend zu 6 c+ d
- g. Breitbandausbau in Potsdam (Vorschlag Nico Marquardt) passend zu 7 I
- h. IT und Digitalisierung / CTO und CIO - Zuständigkeiten innerhalb der LHP (Vorschlag Nico Marquardt)
- i. Smart City (Vorschlag Nico Marquardt) passend zu 7 k, I
- j. Stadtwerke und Digitalisierung: Synergien, Zusammenarbeit, politische Handlungsfelder (Vorschlag Nico Marquardt)
- k. regelmäßige Information zur Mitgliedschaft im Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg (LHP Zentrale Verwaltung)

- l. IT-Strategie der LHP (LHP Zentrale Verwaltung)
- m. Umsetzung Onlinezugangsgesetz (OZG) (LHP Zentrale Verwaltung)
- n. Open-Source-Software (LHP Zentrale Verwaltung)
- o. *E-Government-Gesetz (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)*

Im Weiteren wird jeder (Unter-)Punkt einzeln aufgerufen und zur Diskussion gestellt. Frau Dr. Rüniger merkt zuvor an, dass es sich bisher um eine Ideen-Sammlung handele, welche noch priorisiert werden müsse.

Herr Jetschmanegg weist darauf hin, dass bei den einzelnen Themen immer die Zuständigkeit und Gestaltungsrecht der Stadtverordneten und die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters beachtet wird.

Themengebiet Digitalisierung

Frau Professor Schwarz schlägt vor, unter Digitalisierung das Themengebiet „E-Government-Gesetz“ zu ergänzen.

Auf Nachfrage zum **Punkt e.** unter Digitalisierung erklärt Herr Marquardt, dass „Public Money, Public Code“ bedeutet, dass Steuergelder auch für öffentlichen Softwarecode genutzt werden sollten.

Frau Dr. Rüniger erkundigt sich danach, ob der unter dem **Punkt k.** genannte Zweckverband Digitale Kommune auch eigene Software entwickelt. Herr Jetschmanegg erklärt, dass im Zuge des Onlinezugangsgesetzes (OZG) eine Arbeitsteilung auf Bundesländerebene erfolgen würde. Alle hier erstellte Software würde auch den anderen Bundesländern zur Verfügung gestellt werden. Das Land Brandenburg würde sich mit dem Themenschwerpunkt Einbürgerung und Aufenthaltstitel befassen. Auf kommunaler Ebene gebe es eine solche Arbeitsteilung derzeit nicht und daher würde auch keine Software erstellt.

Herr Eichert erbittet zum **Punkt k.** eine Kosten-Nutzen-Analyse des Zweckverbandes Digitale Kommune.

Bezüglich des **Punktes l.** erkundigt sich Herr Eichert weiter, ob es Verbesserungen im Bereich IT-Sicherheit gebe. Im Abschlussbericht zum IT-Sicherheitsvorfall wurde auf Nachholbedarf hingewiesen. Herr Jetschmanegg wird zu diesem Thema gesondert in der März-Sitzung des Ausschusses Bericht erstatten.

Herr Eichert spricht sich dafür aus, möglichst schnell Haushaltsmittel für digitale Projekte einzuplanen, um entsprechende Vorhaben auch ohne zeitliche Verzögerung umsetzen zu können.

Themengebiet Partizipation

Zum **Punkt a.** schlägt Herr Marquardt vor, in die Potsdam-APP ein Partizipationstool wie z.B. den Maerker (Plus) zu integrieren.

Frau Ney bittet darum, genau dies nicht zu umzusetzen und lieber eine Aktualisierung der Oberfläche des Maerker (Plus) zu fordern. Der Vorschlag, konstruktive Kritik direkt beim Maerker einzureichen, wird von Herrn Morgenstern-Jehia unterstützt.

Zum **Punkt c.** ergänzt Herr Jetschmanegg, dass in der kommenden Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden soll, die Besetzungsperiode

des Beteiligungsrates um ein Jahr zu verlängern.

Die Auswertungen zum **Punkt d.** sollen in regelmäßigen Abständen im Ausschuss erfolgen.

Frau Ney bittet darum, den folgenden Punkt zu ergänzen:
Ehrenamt, Ehrenamt in der LHP stärken, Prüfen von Bundes-Förderprogrammen und Schaffung von Beteiligungsplattformen (Barcamp für Ehrenamt), wünschenswert: Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsrat.

Themengebiet Transparenz

Zum **Punkt a.** habe Frau Dr. Rürger bisher wenig Rückmeldungen erhalten. Sie wolle weitere Recherchen zu diesem Thema durchführen. Herr Jetschmanegg empfiehlt ihr Frau Hofmann, die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes als Ansprechpartner in der Verwaltung.

Herr Jetschmanegg verweist zum **Punkt b.** auf die bereits im Ausschuss vorgestellte Lösung zum Umgang mit Eingaben und Beschwerden in Verbindung mit dem Ideen- und Beschwerdemanagement.

Bezüglich der **Punkte c. und d.** möchte die Verwaltung regelmäßig im Ausschuss Bericht erstatten.

zu 7.1 aktueller Stand Prüfauftrag / Konzept zur Nutzbarkeit von Open Source-Software in der Landeshauptstadt

Herr Morgenstern-Jehia bittet darum, das Thema bis zur Sitzung nach der Sommerpause zu verschieben. Der Stelle des IT-Architekten, in dessen Aufgabenbereich die Erstellung eines solchen Konzeptes falle, sei derzeit vakant. Mit dem Konzept solle jedoch mit der Hilfe externer Expertise begonnen zeitnah werden.

zu 7.2 Open Data Lab Potsdam

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Redebedarf.

zu 8 Themenspeicher/Themenvorschläge

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Redebedarf.

zu 9 Sonstiges

Herr Morgenstern-Jehia berichtet von der letzten Sitzung des Zweckverbandes Digitale Kommune am 03.02.2021.

Die nächste Sitzung sei für den 13.03. geplant. Die Verbandsversammlung soll dann u.a. den Zuschlag für das künftige Rechenzentrum ab 2022 erteilen. U.a. sollen durch den künftigen Betreiber auch eine Videokonferenzlösung sowie eine rechtskonforme Abstimmungsplattform bereitgestellt werden.

Weiterhin berichtet er von der seit Dezember 2020 verfügbaren Möglichkeit für Mitarbeiter der Stadtverwaltung mobil arbeiten zu können. Dieses Angebot würden ca. 1400 Mitarbeitende bereits nutzen.

Frau Dr. Rüniger erklärt, dass es für Fraktionsgeschäftsführende nicht möglich sei, diese Art der mobilen Arbeit nutzen zu können, da hierfür der Bürocomputer morgens eingeschalten werden müssten.

Derzeit bestehe nur diese eine Variante für mobiles Arbeiten. Auch die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung müssten diese Voraussetzung organisatorisch lösen, um von zu Hause arbeiten zu können. Natürlich sollen die Bedingungen für das mobile Arbeiten für die Beschäftigten der Landeshauptstadt Potsdam weiterhin verbessert werden.